

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, gingen die Bilder der sich in den Armen liegenden Deutschen um die Welt. Dieser historische Tag setzte den Grundstein für die Wiedervereinigung Deutschlands, die zum 3. Oktober 1990 vollzogen wurde.

„Aufbau Ost“ – Konzept zur Wirtschaftsförderung

Schon bald stellte sich heraus, dass die Wiedervereinigung hohe Kosten mit sich brachte. Die Wirtschaft in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) war geschwächt und international nicht wettbewerbsfähig, die Infrastruktur war marode und die Umwelt stark zerstört. Daher musste die Bundesregierung die fünf „neuen“ Länder beim Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaft, der Erneuerung der Infrastruktur und der Beseitigung von Altlasten unterstützen. Grundlage bildete insbesondere das Konzept „Aufbau Ost“, das eine finanzielle Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer vorsah.

ehemaligen DDR bei weitem nicht ausreichten, musste der Staat zusätzliche Kredite aufnehmen, um die finanziellen Lasten der Einheit bewältigen zu können.

Solidarpakt I und II – Gemeinsam die Wirtschaft stärken

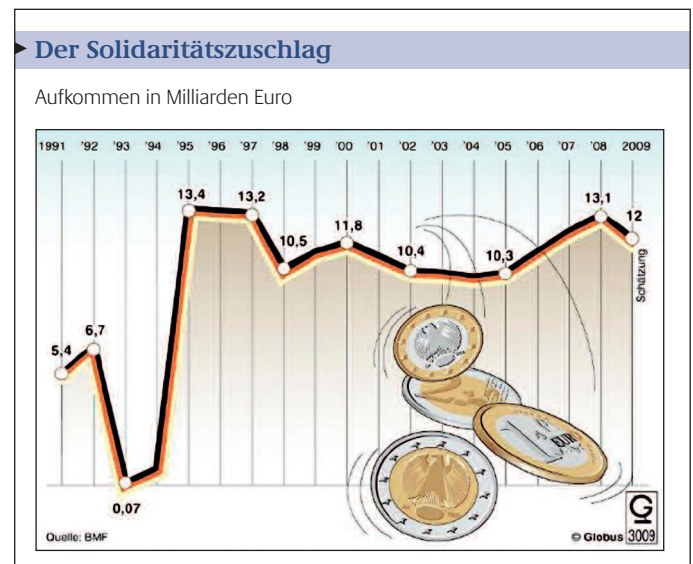
Im Rahmen des Solidarpakt I haben die neuen Bundesländer und Berlin von 1993 bis 2004 94,5 Milliarden Euro erhalten. Der 2005 in Kraft getretene Solidarpakt II (er läuft bis 2019) sieht vor, dass der Bund in diesem Zeitraum insgesamt weitere 156,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen wird. Fast zwei Drittel davon (105 Milliarden Euro) stehen den ostdeutschen Ländern vor allem für den Abbau von teilungsbedingten Rückständen in der Infrastruktur zur Verfügung. Dazu gehören z.B. der Bau von neuen Straßen und anderen Verkehrswegen sowie Büro- und Wohngebäuden oder die Modernisierung von Telekommunikationswegen. Wie viel Geld jedes Land pro Jahr erhält, ist gesetzlich genau festgelegt.

Ein Einsatz mit Erfolgen

Ende August 2009 stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Untersuchung fest, dass die ostdeutsche Wirtschaft seit dem Mauerfall enorme Fortschritte gemacht hat. So lag z.B. der Anteil Ostdeutschlands an der gesamtdeutschen Industrieproduktion 1992 bei 3,4 Prozent. Inzwischen ist dieser Wert auf fast zehn Prozent gestiegen und die industrielle Produktion ist höher als zu DDR-Zeiten. Allerdings gibt es nach Meinung des DIW an vielen Stellen noch immer Nachholbedarf.

Eine Folge der Wirtschaftshilfe: Staatsverschuldung

Eine Quelle, aus der das Geld für den Aufbau Ost stammt, ist der Solidaritätszuschlag (kurz auch „Soli“). Er wurde 1991 eingeführt und zunächst nur für ein Jahr erhoben. Nach seiner Wiedereinführung im Jahre 1995 trägt der Soli jedes Jahr rund zehn Milliarden Euro zu den Einnahmen des Bundes bei. Derzeit beträgt er 5,5 Prozent der Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer. Da diese Einnahmen zur Deckung des Wirtschaftsaufbaus in der



[Aufgaben]

- Überlegen Sie gemeinsam in der Klasse, warum die Wirtschaft der DDR nicht selbsttragend und somit auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen war.
- Inwiefern soll der Aufbau Ost dazu beitragen, die Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern wieder aufzubauen? Recherchieren Sie mithilfe der unten genannten Linktipps.
- Erklären Sie in eigenen Worten, was der Solidaritätszuschlag ist und überlegen Sie sich Argumente, die für bzw. gegen seine Abschaffung sprechen.
- Stellen Sie die zentrale Aussagen der DIW-Bilanz zusammen (siehe DIW-Linktipp weiter unten). Wo hat der Aufbau Ost demnach gute Fortschritte gemacht und wo gibt es noch Nachholbedarf?

[Linktipps]

- ▶ Aufbau Ost: www.bundesregierung.de (Bereich „Regierungspolitik A-Z“)
- ▶ Solidarpakt: www.bmvbs.de (Bereich „Service“ -- „A-Z“)
- ▶ „Investitionen in Beton haben keine Zukunft“ – Wirtschaftsforscher ziehen positive Bilanz 20 Jahre nach dem Mauerfall: www.diw.de (Bereich „Presse“ – „Pressemitteilungen“ – Pressemitteilung vom 27.08.2009)